



An die

- unmittelbaren Mitgliedsstädte
- Mitglieder des Umweltausschusses
- Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses
- Mitglieder des Gesundheitsausschusses
- Mitglieder des Beirates für Katastrophenschutz, Brandschutz und Rettungswesen
- Mitglieder der Fachkommission Umwelt
- Mitglieder der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung
- Mitglieder Fachkommission Stadtplanung und Städtebau
- Mitglieder der Fachkommission Verkehrsplanung
- Mitglieder der Amtsleiterkonferenz der Mittelstädte
- Mitgliedsverbände

des Deutschen Städtetages

- Mitglieder des Umweltausschusses
- Mitglieder der Amtsleiterkonferenz Umweltschutz

des Städtetages Nordrhein-Westfalen

Klimanotstand – Überblick zum aktuellen Stand

Kurzüberblick: Aktuell wird in vielen Städten die Ausrufung des sogenannten „Klimanotstands“ debattiert. Die hierzu erfolgten Beschlüsse sind in der Anlage 1 zu diesem Schreiben zusammengefasst.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Konstanz am Bodensee hat am 2. Mai 2019 als erste deutsche Stadt den „Klimanotstand“ ausgerufen. Der dortige Gemeinderat fasste diesen Beschluss auf Initiative der Schülerbewegung „Fridays for Future“. Zuvor hatten bereits die Städte Vancouver, Oakland, Los Angeles, London und Basel entsprechende Beschlüsse gefasst. Inzwischen haben sich auch andere deutsche Städte den Konstanzer Forderungen angeschlossen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik und der Deutsche Städtetag haben auf der Basis verschiedener Rückmeldungen aus ihren Zuwender- bzw. Mitgliedsstädten die in der **Anlage 1** beigefügte Übersicht zum aktuellen Stand der Beschlüsse im Kontext mit dem Klimanotstand erstellt. In der Übersicht wurden nur Städte berücksichtigt, in denen bereits ein entsprechender Beschluss gefällt worden ist oder bereits als Antrag eingereicht wurde. Die Beschlusslage in den Städten ist unterschiedlich, sowohl in Bezug auf die Wortwahl (Klimanotstand, Klimaschutzinitiative etc.) als auch auf die Inhalte der Beschlüsse. Auch die Ausgestaltung der in manchen Städten vorgesehenen Einschätzung oder Prüfung der Klimaverträglichkeit,



Deutsches Institut
für Urbanistik

18.07.2019/sei

Kontakt

Axel Welge
axel.welge@staedtetag.de
Telefon 0221 3771-281
www.staedtetag.de
Aktenzeichen 70.18.00 D
Dokumenten-Nr. R 6215

Cornelia Rösler
roesler@difu.de
Telefon 0221 340308-18
www.difu.de

der damit verbundenen Zuständigkeit und entsprechender personeller oder finanzieller Ressourcen sind sehr unterschiedlich.

Diese erste Übersicht soll im Laufe der nächsten Monate fortgeschrieben werden. Wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie uns über neue Beschlüsse in Ihrer Stadt einschließlich der genannten Informationen in Kenntnis setzten würden (Frau Birgit Puth, Deutscher Städtetag, birgit.puth@staedtetag.de und Frau Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik, roesler@difu.de).

Eine aktualisierte Übersicht werden wir voraussichtlich Anfang Oktober versenden.

Die Mitglieder des Umweltausschusses und der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages haben sich in ihren letzten Sitzungen mit dem Thema beschäftigt. Die Ergebnisse der Beratungen fügen wir Ihnen in der **Anlage 2** bei.

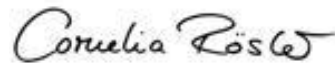
Wir bitten Sie, dieses Rundschreiben als interne Information zu behandeln und ggfs. für Ihre Arbeit in den Städten zu nutzen. Eine öffentliche Kommunikation über die Übersicht und die in der Übersicht enthaltenen Maßnahmen der Städte sowie die Beratungsergebnisse der Fachgremien kommt für uns als Städtetag in Betracht; der Zeitpunkt steht aber noch nicht fest.

Wir danken für Ihre Mühe und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Axel Welge
Deutscher Städtetag



Cornelia Rösler
Deutsches Institut für Urbanistik

Anlagen

Anlage 1

Recherche Klimanotstand	Stand:17.07.2019
--------------------------------	------------------

Deutscher Städtetag
Deutsches Institut für Urbanistik

Kommune	BL	Beschluss Klimanotstand	andere Formen	Datum	Einschätzung/Beurteilung/Prüfung der Klimaverträglichkeit	Federführung	Neue Ressourcen (personell, finanziell etc.)	Links	weitere Infos
Aachen	NW	ja		19. Jun 19		Verwaltung		Presse: https://bit.ly/2SiTzZw Pressemitteilung: https://bit.ly/2JAYGX8	integriertes Klimaschutzkonzept soll fortgeschrieben werden Verwaltung soll regelmäßig über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Senkung von Emissionen berichten
Alfter	NW	Antrag eingereicht						https://bit.ly/30sCI Me	Entscheidung nach der Sommerpause
Ascheberg	NW	Nein		10. Jul 19				Presse: https://bit.ly/2XPYhiz	
Bad Honnef	NW	Antrag eingereicht	Gründung einer Energieagentur					https://bit.ly/32r4Iw9 https://bit.ly/2SiM2Ch	
Bad Oeynhausen	NW	Antrag eingereicht						https://bit.ly/2XQ9AY7	Entscheidung nach der Sommerpause
Bad Segeberg	SH	ja		22. Mai 19				Presse: https://bit.ly/2LmuMmP	
Beckum	NW	ja		02. Juli 19				https://bit.ly/2XHB7jj	
Bedburg	NW	ja		05. Juni 19				https://bit.ly/2Si4Mda	
Bielefeld	NW	ja		11. Jul 19		Dezernat für Umwelt und Klimaschutz		Änderungsantrag: https://bit.ly/2xMXrst Beschlussvorlage: https://bit.ly/2JAprWR	
Bocholt	NW	nein		12. Juni 19				https://bit.ly/2Y4eAMW	Antrag abgelehnt
Bochum	NW	ja		06. Jun 19				Presse: https://bit.ly/31g3Bir Pressemitteilung: https://bit.ly/2Soyw8c	Die Kommune erklärt den Climate Emergency und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität.
Bonn	NW	ja		04. Jul 19				Pressemitteilung: https://bit.ly/2XSsVrl	Stadt Bonn hat mit dem Beschluss des Masterplans Energiewende und Klimaschutz Bonn, dem Integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept und zahlreichen Maßnahmen in Folge zur Reduktion treibhausrelevanter Gase beigetragen
Borken (Kreis)	NW	nein	Klima-Kompromiss	11. Juli 19				https://bit.ly/2NVO2da	
Brachtal	HE	ja		25. Jun 19			Beschluss zur Gründung einer Arbeitsgruppe für „Energie-, Verkehr- und Nachhaltigkeitsthemen“	Presse: https://bit.ly/2XHTIRW	
Braunschweig	NI	Nein	Arbeitskreis "Braunschweig for Future" soll gegründet werden.	-				Presse: https://bit.ly/2JBURj Antrag: https://bit.ly/2xOJEq7	
Dinslaken	NW	nein		02. Juli 19				https://bit.ly/30tWhhG	Antrag abgelehnt

Kommune	BL	Beschluss Klimanotstand	andere Formen	Datum	Einschätzung/Beurteilung/Prüfung der Klimaverträglichkeit	Federführung	Neue Ressourcen (personell, finanziell etc.)	Links	weitere Infos
Dortmund	NW	nein	Handlungsprogramm Klima-Luft 2030	04. Juli 19			nein		
Drensteinfurt	NW	ja		29. Mai 19				Presse: https://bit.ly/2SgqT3A	
Duisburg	NW	nein		02. Juli 19				https://bit.ly/2SiuQVf	Antrag abgelehnt
Dülmen	NW	Antrag eingereicht							
Düren, Kreis	NW	ja	Begriff "Klimanotlage"	04. Jul 19		Amt für Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung		Presse: https://bit.ly/2JFfuGy ; Beschlussvorlage: https://bit.ly/2YUed4H	Ziele: u.a. Energieautonomie bis zum Jahr 2030
Düsseldorf	NW	ja		04. Jul 19	Klima-Check	Verwaltung		Presse: https://bit.ly/2XKJWZJ ; PDF-Dokument	Ziel, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden und alle Beschlüsse einem Klima-Check zu unterziehen. Verwaltung soll bis zur Sitzung am 21. November 2019 in einem „Konzept 2035“ darzulegen, wie die Reduktion von 4,6 Tonnen CO2 pro Kopf und Jahr in verschiedenen Sektoren erreicht werden kann. Rat beschließt eine "Kleine Kommission Klimahilfe".
Ennigerloh	NW	nein		01. Juli 19					Antrag abgelehnt
Erlangen	BY	ja		29. Mai 19			Grüne fordern: Schaffung einer Steuerungsgruppe in der Stadtverwaltung mit regelmäßiger Berichtspflicht an den Stadtrat (https://bit.ly/2Lef2z)	Bürgerversammlungsantrag: https://bit.ly/2XPB7cr	Eine externe Begleitung ist aufgrund fehlender Personalressourcen im Amt für Umweltschutz und Energiefragen notwendig.
Essen	NW	nein	Aktionsplan für Klima und Energie	10. Juli 19				https://bit.ly/2xL3Pk3	
Fehmarn	SH	ja		27. Jun 19				Presse: https://bit.ly/2XKrG2O	Insel soll bis 2030 klimaneutral werden.
Frankfurt/Main	HE	nein	Klimaschutzplan	21. Juni 19				https://bit.ly/2WThI3Y	
Freiburg	BW	nein	Klimaschutzkonzept						
Geilenkirchen	NW	nein		5. Jun 19				Presse: https://bit.ly/2XRZBBR	Antrag abgelehnt
Geldern	NW	nein		12. Juli 19					Entscheidung vertagt
Gelsenkirchen	NW	ja		11. Juli 19				https://bit.ly/2JyNrcR	
Gescher	NW	nein		13. Juli 19				https://bit.ly/2JWuZu3	Antrag abgelehnt
Gladbeck	NW	ja		06. Jun 19					
Greifswald	MV	ja		26. Juni 19				https://bit.ly/2XMQQJ6	
Gütersloh	NW	nein		16. Juli 19				https://bit.ly/2O70rLs	Antrag abgelehnt
Haan	NW	nein		03. Juli 19					Antrag abgelehnt
Hamm (Westf.)	NW	ja		09. Juli 19				https://bit.ly/30J12o3	
Havixbeck	NW	Nein		12. Jun 19				Presse: https://bit.ly/32x2FGP	Antrag abgelehnt

Kommune	BL	Beschluss Klimanotstand	andere Formen	Datum	Einschätzung/Beurteilung/ Prüfung der Klimaverträglichkeit	Federführung	Neue Ressourcen (personell, finanziell etc.)	Links	weitere Infos
Heidelberg	BW	ja		10. Mai 19				Presse: https://bit.ly/32r4Hbz	Konkrete Projekte und Handlungsempfehlungen sind mit dem Klimanotstand noch nicht verknüpft. Darüber kann erst der neue Gemeinderat im Herbst entscheiden.
Heinsberg (Kreis)	NW	nein		12. Juli 19				https://bit.ly/2Y0iKFN	Abgelehnt
Hennef	NW	ja		07. Jul 19				Pressemitteilung: https://bit.ly/2Jzdrk	Die Stadt Hennef wird u.a. mit Beauftragung der Energieagentur Rhein-Sieg ein kommunales Energiemanagement aufbauen und hält an der Umsetzung ihres 2016 beschlossenen Klimaschutzkonzeptes fest.
Herford	NW	ja		17. Mai 19				Presse: https://bit.ly/2Z3uOn3 https://bit.ly/2YUffOb Pressemitteilung: https://bit.ly/2Y9qgX5	Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen sei von höchster Priorität . Herford unterstützt außerdem offiziell die Forderung nach einem bundesweiten Klimaschutzgesetz.
Herne	NW	ja		18. Jun 19		Verwaltung		Presse: https://bit.ly/2JNudzr	Der Rat beauftragt die Verwaltung, regelmäßig (mindestens alle 12 Monate) über die Auswirkungen und Folgen der CO2 Emissionen sowie die Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen zu berichten und beauftragt die Verwaltung, das Klimaschutzkonzept sowie das Klimafolgenanpassungskonzept unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Ergebnisse anzupassen.
Herten	NW	Antrag eingereicht		11. Juli 19				https://bit.ly/2JyBBQe	Entscheidung auf Anfang Oktober vertagt
Herzogenaurach	BY	nein		27. Juni 19				https://bit.ly/2SibuzE	Abgelehnt
Herzogenrath	NW	ja		09. Jul 19				Presse: https://bit.ly/2YTEVdX	
Horstmar	NW	ja		07. Jun 19		Bürgermeister/Verwaltung		Presse: https://bit.ly/2Y02wwn Beschlussvorlage: https://bit.ly/2NzqCU3	Der Rat der Verwaltung beauftragt die Verwaltung, regelmäßig (mindestens alle 12 Monate) über die Auswirkungen und Folgen der CO2 Emissionen sowie die Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen zu berichten.
Ingolstadt	BY	nein	7 Punkte Plan	08. Mai 19				https://bit.ly/32wgVji	
Jena	TH	Antrag eingereicht		04. Juli 19				https://bit.ly/2xN8q5j	Entscheidung verschoben
Jülich	NW	Nein							
Kamen	NW	ja		09. Jul 19				Presse: https://bit.ly/2LUhWMI	
Kamp-Lintfort	NW	nein	Verpflichtungserklärung	09. Juli 19				https://bit.ly/2LUq5Z2	
Karlsruhe	BW	ja		16. Juli 19				Presse: https://bit.ly/2JPDt9	

Kommune	BL	Beschluss Klimanotstand	andere Formen	Datum	Einschätzung/Beurteilung/Prüfung der Klimaverträglichkeit	Federführung	Neue Ressourcen (personell, finanziell etc.)	Links	weitere Infos
Kempen	NW	nein		08. Juli 19				https://bit.ly/2Y6u6bh	Abgelehnt
Kerpen	NW	nein		27. Juni 19				https://bit.ly/2XGR2hQ	Abgelehnt
Kiel	SH	ja		16. Mai 19		Verwaltung		Presse: https://bit.ly/2Y7VTbo https://bit.ly/30ALcvC Antrag: https://bit.ly/2Sp0MaM	"Damit das Ziel, 2050 Klimaneutral zu sein, erreicht werden kann, muss die Stadtbahn so schnell wie möglich umgesetzt werden. Bis dahin brauchen wir zusätzlich eine deutliche Verbesserung im bereits bestehenden ÖPNV, um dessen Anteil am Personenverkehr maßgeblich zu erhöhen."
Kleve	NW	ja		26. Jun 19		Verwaltung/Klimaschutzmanager/in	ja (Förderantragstellung zur befristeten Einstellung einer Klimaschutzmanagerin/eines Klimaschutzmanagers beauftragt, die/der die Umsetzung des Konzepts begleiten soll	Presse: https://bit.ly/2Sf8hRi Resolution: https://bit.ly/2GeqcTz	Quantitative Klimaschutzziele: Reduktion der CO ² -Emissionen im Stadtgebiet um 30 % bis zum Jahr 2030 (Basisjahr 2010); 50 % Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030; Steigerung der Sanierungsquote von Wohngebäuden in der Stadt Kleve auf 2 % p.a. Qualitative Klimaschutzziele: Ausbau von sektorübergreifenden Informations- und Beratungsangeboten; Förderung eines klimafreundlichen Mobilitätsverhaltens Aufbau eines Klimaschutz-Controllings durch die Verwaltung.
Koblenz	RP	nein	Beschluss zur Einhaltung der Pariser Klimaziele	14. Feb 19				Beschlussvorlage: https://bit.ly/2NTGXJU	Stadtrat beschließt Einhaltung von 1,5°-Ziel
Köln	NW	ja		09. Jul 19		Stadtverwaltung		Pressemitteilung: https://bit.ly/2LIDskk	Rat soll u.a. Klimaschutzkonzept "KölnKlimaAktiv 2020-2030" weiterentwickeln. Die dargestellten Maßnahmen sollen in den Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) mit hoher Priorität einfließen.
Konstanz	BW	ja		02. Mai 19		Amt für Stadtplanung und Umwelt	Einstellung eines Energiemanagers/einer Energiemanagerin sowie Mobilitätsmanagers/Mobilitätsmanagerin	Presse: https://bit.ly/2XRntAu ; https://bit.ly/2vASvWI ; Beschlussvorlage: https://bit.ly/2LnhvKY	Die Verwaltung stellt aktuell zur Bewältigung der kommenden Aufgaben eine Task Force zusammen. Der Beschluss umfasst u. a. die Erarbeitung von Maßnahmen zur klimaneutralen Versorgung von Neubauten, ein Mobilitätsmanagement für die Gesamtstadt, Energiemanagement für städtische Gebäude und Maßnahmen zur Erhöhung der Sanierungsrate im Stadtgebiet.
Kreis Kleve	NW	Nein							
Landshut	BY	nein	Klimaoffensive	07. Juli 19				https://bit.ly/2LI8bY1	
Leipzig	SN	Antrag eingereicht		15. Mai 19				https://bit.ly/2LkY2dH	Antrag durch Jugendrat eingereicht
Lemwerder	NI	ja		29. Juni 19				https://bit.ly/2XQ6PLy	
Leverkusen	NW	ja		01. Jul 19				Presse: https://bit.ly/2J0mzF0	
Lippstadt	NW	ja		03. Jul 19					

Kommune	BL	Beschluss Klimanotstand	andere Formen	Datum	Einschätzung/Beurteilung/ Prüfung der Klimaverträglichkeit	Federführung	Neue Ressourcen (personell, finanziell etc.)	Links	weitere Infos
Lübeck	SH	ja		24. Mai 19		Einrichtung einer Steuerungsgruppe		Presse: https://bit.ly/2Gfbr2C	
Lüdenscheid	NW	Antrag eingereicht		15. Jun 19				Presse: https://bit.ly/2JyToGO	
Ludwigslust	MV	ja		15. Mai 19				Beschlussvorlage: https://bit.ly/2SiY3zj	
Magdeburg	ST	Antrag eingereicht		16. Mai 19				https://bit.ly/32uJldq	Entscheidung vertagt
Marburg	HE	ja		28. Jun 19		Magistrat	Einsetzung eines mit unabhängigen, externen Fachleuten besetzten Klimabeirats zur Begleitung und Bewertung der Maßnahmen zur Erreichung des Klimaziels.	Pressemitteilung: https://bit.ly/2YTUzfi	Einigung, bis 2030 CO2-neutral werden zu wollen.
Marl	NW	ja		06. Jun 19		Verwaltung		Pressemitteilung: https://bit.ly/2XLjxX4	Rat unterstreicht, dass der Klimaschutz für die Stadt Marl eine hohe Priorität besitzt. Verwaltung soll die bisherigen Aktivitäten zum Klimaschutz darstellen und aufzeigen, „wie das Klimaschutzkonzept der Stadt Marl in einer breiten Bürgerbeteiligung weiterentwickelt werden kann“.
München	BY	Antrag eingereicht		08. Mai 19				https://bit.ly/2NUShpd	
Münster	NW	ja		22. Mai 19		Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit		Presse: https://bit.ly/2Lnz5ye Pressemitteilung: https://bit.ly/2Z4sMTi Beschlussvorlage: https://bit.ly/2xRBoRv	Der Rat beauftragt die Verwaltung, regelmäßig (mindestens alle 12 Monate) über die Auswirkungen und Folgen der CO2 Emissionen sowie die Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen zu berichten und beauftragt die Verwaltung, den Masterplan 100 % Klimaschutz unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Ergebnisse anzupassen.
Neukirchen-Vluyn	NW	ja		10. Jul 19				Presse: https://bit.ly/2JKkIka	
Neumünster	SH	ja		18. Jun 19				Presse: https://bit.ly/2LI2p8N	
Neustadt in Holstein	SH	Nein							
Osnabrück	NI	ja	ohne Begriff "Notstand"	28. Mai 19				Presse: https://bit.ly/2LuBNST Antrag: https://bit.ly/30xPe7N	
Pforzheim	BW	Antrag eingereicht		20. Mai 19				Antrag: https://bit.ly/2JBwhvh	
Pinneberg	SH	ja		29. Jun 19				Presse: https://bit.ly/2LUymUM https://bit.ly/2XLiD1j	

Kommune	BL	Beschluss Klimanotstand	andere Formen	Datum	Einschätzung/Beurteilung/ Prüfung der Klimaverträglichkeit	Federführung	Neue Ressourcen (personell, finanziell etc.)	Links	weitere Infos
Potsdam	BB	Antrag eingereicht		08. Jun 19				Presse: https://bit.ly/2Z1wHAE	
Ravensburg	BW	Antrag eingereicht		22. Mai 19				https://bit.ly/2JlpI91	
Rellingen	SH	Nein							
Remscheid	NW	Nein						Presse: https://bit.ly/30ywncl	
Rheine	NW	Nein	Einführung eines "6- Punkte-Plans"	09. Jul 2019				Presse: https://bit.ly/2XTJyaK	
Rüsselsheim am Main	HE	ja		27. Jun 19		Magistrat		Presse: https://bit.ly/2Sf9AzP	
Saarbrücken	SL	ja		18. Jun 19		Verwaltung	Einführung eines Umweltschutzmanagements für die städtischen Gebäude wird gefordert	Presse: https://bit.ly/2KBFgya Beschlussvorschlag: https://bit.ly/2Gf00bo	Stadtrat erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
Schenefeld	SH	ja		21. Jun 19				Antrag zur Resolution: https://bit.ly/30zhWff	Die Stadt Schenefeld fordert u.a. von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind.
Siegburg	NW	Nein							
Stuttgart	BW	Umweltausschuss entscheidet	Gründung einer eigenen Klimaschutz- Initiative	unbekannt		Stabsstelle Klimaschutz		Presse: https://bit.ly/2Y9l0Jw	200 Millionen € aus dem Haushaltsüberschuss sollen laut OB in den Klimaschutz fließen
Telgte	NW	ja		29. Mai 19				https://bit.ly/30yorlt	
Timmendorfer Strand	SH	Nein							
Tönisvorst	NW	ja		16. Mai 19				Presse: https://bit.ly/30zJtXi	
Voerde (Niederrhein)	NW	ja		09. Jul 19				Presse: https://bit.ly/2XNqvul	

Kommune	BL	Beschluss Klimanotstand	andere Formen	Datum	Einschätzung/Beurteilung/Prüfung der Klimaverträglichkeit	Federführung	Neue Ressourcen (personell, finanziell etc.)	Links	weitere Infos
Warstein	NW	ja		08. Jul 19				Pressemitteilung: https://bit.ly/2xTXhiR	Einrichtung eines "Runden Tisches für Klima- und Naturschutz", der ab Herbst 2019 regelmäßig mit zahlreichen Akteuren aus verschiedensten Bereichen zusammen kommt. Über kommunale Maßnahmen zum Klimaschutz muss die Verwaltung dem Rat künftig mindestens einmal pro Jahr berichten.
Weyhe	NI	ja		4. Jul 19				Presse: https://bit.ly/2JCaNOY	
Wiesbaden	HE	ja		27. Jun 19				Presse: https://bit.ly/2Sg0zXa	

18.07.2019

Kontakt
Axel Welge
axel.welge@staedtetag.de
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon 030 37711-281
Telefax 030 37711-7609
www.staedtetag.de

Klimanotstand
- Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Umweltausschusses
und der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages -

Der Umweltausschuss und die Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages haben sich in ihren letzten Sitzungen mit dem Thema beschäftigt. Folgende Ergebnisse sind aus der Diskussion festzuhalten:

1. Die deutschen Städte setzen sich seit langem für den Klimaschutz ein. Neben der Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energien stehen sowohl die energetische Gebäudesanierung als auch die Förderung umweltfreundlicher Mobilität im Vordergrund. Zunehmend werden auch Klimaschutzkriterien in der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt. Die Städte leisten gemeinsam mit ihren Stadtwerken einen wichtigen Beitrag, um Kohlendioxid-Emissionen in den Städten zu senken.
Dieses Engagement der Städte sollte vor Ort mit dem Ziel einer klimaneutralen Stadtentwicklung noch deutlicher kommuniziert werden.
2. Gemeinsame Initiativen, die den kommunalen Klimaschutz und das private Engagement für mehr Klimaschutz stärken, unterstützen das Bemühen der Städte. Deshalb wird die Schülerbewegung „Fridays for Future“ ausdrücklich begrüßt. Das ehrenamtliche Engagement der Jugend hat bereits in vielen Städten zu gemeinsamen Gesprächen – häufig auch mit den Oberbürgermeistern, den Umweltdezernenten und den Umweltamtsleitern – geführt. Ziel sollte es sein, diesen Impuls zu nutzen, um den Klimaschutz noch stärker als Priorität und zentrale Querschnittsaufgabe der Städte und aller kommunalen Dienststellen zu verankern. Darüber hinaus sollten die Städte gemeinsam mit den Vertretern der Schülerbewegung örtliche Projekte im Klimaschutz identifizieren und umsetzen. Damit wird die städtische Klimapolitik unterstützt und weiterentwickelt.
3. Die Auswirkungen auf den Klimaschutz sollten bei allen städtischen Beschlüssen auch zukünftig beachtet werden. Daher sind entsprechende Instrumente zu entwickeln, die möglichst wenig zusätzlichen Aufwand verursachen. Die Prüfung sollte sich an den Maßnahmen der vielfach unter großer Bürger- und Akteursbeteiligung aufgestellten integrierten Klimaschutzkonzepte und Klimaschutzpläne orientieren und die daraus resultierenden Gremienbeschlüsse berücksichtigen.
4. Das Engagement der Städte wird voraussichtlich nicht reichen, um die Klimaschutzziele vor Ort zu erfüllen. Die Arbeit der Bundesregierung an einem Klimaschutzgesetz wird deshalb nachdrücklich begrüßt. Der Klimaschutz ist für die Städte eine zentrale Zukunftsaufgabe. Deshalb muss das Klimaschutzgesetz des Bundes Regelungen für eine tragfähige Finanzierung klimaschützender Maßnahmen vorsehen, die auch die Länder und die Städte einbezieht. Die Kommunen benötigen dabei Planungssicherheit durch die Verstetigung von Förderprogrammen und vereinfachte Antrags- und Bewilligungsverfahren.